

Die DVGW und das angeblich klimaneutrale Gas

Hallo, mein Name ist Nina und ich arbeite für den gemeinnützigen Verein LobbyControl. Wir beobachten und kritisieren Lobbyismus in Deutschland und der EU, und vor allem die Schieflage beim Lobbyismus: Wir beobachten immer wieder, dass die Interessen von Unternehmen deutlich mehr gehört werden als die der Zivilgesellschaft.

Wir unterstützen die Aktion rote Karte für Klimabremser, weil wir in unserer Arbeit sehen: In der Klimapolitik gelingt es nicht, angemessen auf die Bedrohung durch den Klimawandel zu reagieren. Mächtige Lobbyakteure bremsen immer noch sehr erfolgreich effektiven Klimaschutz aus. Sie geben sich verbal als Klimaschützer, wollen aber noch so lange wie möglich am an ihren schädlichen Geschäftsmodellen festhalten.

Und sie finden in der Politik zahlreiche Institutionen oder Netzwerke, die die Interessen der fossilen Industrie weiterhin über die der Allgemeinheit stellen.

Diese Klimabremser wollen wir sichtbar machen. Das ist uns zum Beispiel bereits beim CDU Wirtschaftsrat gelungen. Seit einigen Monaten schaue ich selbst intensiv auf die Gaswirtschaft.

Die Lobby der Gasindustrie arbeitet in Berlin und Brüssel sehr erfolgreich daran, Gas als Lösung für die Energiewende zu verkaufen. Und weil der deutsche Verband für das Gas- und Wasserfach – der DVGW – dabei ein nicht zu unterschätzender Lobbyakteur ist, stehen wir heute vor seiner Haustür.

Ich möchte euch folgendes Bild von der Homepage des DVGW zeigen (Gas kann grün hochhalten). Man könnte fast denken, der DVGW vertritt die Windkraft, oder? Weit gefehlt. Der DVGW möchte, dass Gas neben Energieeffizienz und Erneuerbaren zur 3. Säule der Energiewende wird.

Synthetische Gase sollen der Schlüssel dazu sein, ganz konkret geht es vor allem um den Wasserstoff. Geht es nach dem DVGW und anderen Lobbyverbänden der Gasindustrie, dann wird der bald in allen möglichen Bereichen eingesetzt. Als Energiespeicher, aber auch beim Heizen oder im Verkehr. Das würde dann allen Versorgungsunternehmen helfen, ihre Gasverteilnetze in die Häuser weiter betreiben zu können. Die Gasindustrie stellt sich einen sanften Übergang vor: Erst wird noch mit Gas geheizt, dann immer mehr mit Wasserstoff. So könnte man das fossile Geschäft noch lange Jahre weiter betreiben.

Sie verschweigen dabei wichtige Fakten, vor allem, dass die Herstellung von wirklich klimaneutralem, nämlich grünem Wasserstoff extrem energieaufwändig ist. Erneuerbare Energien müssen in Wasserstoff umgewandelt werden. Dafür braucht es bis zu 8 Mal so viel Energie, als wenn man die Erneuerbaren direkt nutzt. ExpertInnen raten deshalb, Wasserstoff nur dort zu verwenden, wo man die Erneuerbaren nicht direkt nutzen kann, wie bei der Stahlherstellung z.B. Ihn beim Heizen oder im Verkehr zu nutzen, gibt für den Klimawandel wirklich keinen Sinn.

Aber die Gasindustrie lässt nicht locker. Und sie ist auf's Engste mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vernetzt.

So hat die DVGW z.B. gemeinsam mit dem PR-Verband der Gasindustrie Zukunft Gas – und mit der deutschen Energieagentur die LNG-Taskforce gegründet. Die dena ist ein bundeseigenes Unternehmen, das die Wirtschaftsministerin in energiepolitischen Fragen berät und ganz schön gasfreundlich ist. Zusammen haben sie den Bundestag dazu gebracht, dass LNG-betriebene LKWs noch bis 2023 von der Autobahnmaut befreit sind. Auch sonst wird diese Form des LKW-Antriebs extrem gefördert. Das, obwohl das Umweltbundesamt sagt, aus Klimaschutzgründen sei LNG-Gas

in Lastwagen kaum zu rechtfertigen. Und außerdem handelt es sich um teures und umweltschädliches Frackinggas aus den USA.

Das Beispiel zeigt: Die Gasindustrie hat sich erfolgreich eine Legende als Brückentechnologie geschaffen. Das Wirtschaftsministerium ist voll darauf angesprungen. Das sieht man auch an der Gasstrategie bis 2030. Die hat das Ministerium exklusiv mit Vertreter:innen der Gasindustrie ausgehandelt. Nicht einmal Vertreter:innen des Bundesumweltministeriums waren eingeladen, geschweige denn Umweltverbände.

Im Ergebnis geht das Ministerium von einer steigenden Nachfrage nach Gas aus – auch hier gegen die Empfehlung des Bundesumweltamtes, das zu dem Schluss kam, dass der Gasbedarf der Bundesregierung zurückgehen müsse, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen. Und die Bundesregierung treibt die Empfehlungen des Dialogprozesses bereits voran. Das zeigt das Fortschreiten des Baus von Nord Stream 2 und geplante neue Anlagen für importiertes Flüssiggas (LNG-Terminals) in Brunsbüttel, das vom Bundesfinanzministerium mit 1 Milliarde Euro unterstützt werden soll. Mit den beiden milliardenschweren Projekten werden Infrastrukturen mehrere Jahrzehnte geschaffen, obwohl klar ist, dass der Verbrauch von fossilem Gas zur Klimakrise beiträgt. Das ist pure Lobbyseilschaft!

Deshalb zeigen wir dem DVGW die rote Klimakarte...